

## **Rede des Bürgermeisters Klaus Saemann zur Verabschiedung des Haushalts 2018 am 21. Dezember 2018**

---

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
werte Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein überaus bewegtes Jahr neigt sich dem Ende entgegen. Bezieht man diese Aussage auf Entwicklungen im Bund und auf Landesebene haben uns die Wahlausgänge am 24.9.2017 und 15.10.2017 teilweise überrascht oder beschäftigen uns heute noch. Auch wenn mit anderen Themen und Fragestellungen, war 2017 auch für die Stadt Peine ein sehr spannendes und zum Teil von erheblichen und kontroversen Diskussionen geprägtes Jahr. Ich möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass die zum Teil gewählte Form der Auseinandersetzung aus meiner Sicht deutlich Grenzen überschritten hat.

Ich hatte dies bereits mehrfach herausgestellt – zuletzt auch in meiner Haushaltsrede für das laufende Jahr im März dieses Jahres – und wiederhole mich an dieser Stelle deshalb nicht noch einmal. Ich wünsche mir einfach von allen Akteuren für die Zukunft insbesondere mehr Respekt für den jeweiligen Kontrahenten.

Wir sollten alle daran denken, dass wir unsere Arbeit nicht zum Selbstzweck ausüben, sondern alle gemeinsam – egal welcher Couleur – unsere wertvolle Zeit, ob im Ehrenamt oder im Hauptamt, einem Ziel unterordnen: Das Beste für die Stadt Peine herauszuholen. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig und sollten persönliche Befindlichkeiten in den Hintergrund stellen.

Ich bin der Auffassung, dass es mir als Bürgermeister dieser Stadt zusteht, diesen Appell an Sie in dieser Deutlichkeit zu richten. Ich für meinen Teil möchte auch heute noch einmal das Angebot an eine konstruktive Zusammenarbeit erneuern. Doch eins muss klar sein: Dieser Weg ist keine Einbahnstraße, sondern immer ein Zweirichtungsverkehr gleichberechtigter Akteure.

Zu den positiven und negativen Dingen im Konkreten später mehr.

Der Haushaltsentwurf wurde in allen Ortsrats- und Ausschusssitzungen detailliert vorgetragen und beleuchtet. Dies ist meinerseits hier nicht zu wiederholen. Zunächst darf ich allen Ratskolleginnen und -kollegen – die Mitglieder der Ortsräte eingeschlossen – für die meist sehr konstruktive Beratung meinen Dank aussprechen.

Ich möchte aber dennoch meine Verwunderung über die sehr schlechte Beteiligung an der Informationsveranstaltung zur Vorstellung des Haushalts zum Ausdruck bringen:

Die den eigentlichen Beratungen vorgeschaltete Möglichkeit der Informationsaufnahme ist immerhin auf Wunsch der Fraktionen ins Leben gerufen worden. Sollten Sie eine solche Veranstaltung in der Zukunft nicht mehr wünschen, dann lassen Sie mich das bitte wissen.

Ebenso habe ich aus der Mitte der Ratsmitglieder konstruktive Vorschläge für den Haushalt 2018 bisher vermisst. Für den heutigen Tag angekündigte Ideen dürften etwas spät sein, um sie ernsthaft für den Haushalt 2018 noch diskutieren zu können. Wer heute mit Vorschlägen für den Haushalt 2018 um die Ecke kommt, hat – erlauben Sie mir die etwas saloppe Formulierung – das System nicht verstanden. Und – in den sozialen Medien hier den Eindruck zu erwecken, man habe konkrete Ideen oder Anregungen, ist meiner Meinung nach unredlich!

Denn sollten solche Ideen tatsächlich vorhanden sein, dann ist es die Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Ratsmitgliedes, diese rechtzeitig zu kommunizieren, damit sie gegebenenfalls auch zeitnah realisiert werden können. Dies erwartet die Peiner Bevölkerung auch von ihren Mandatsträgern, denn dafür sind Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, gewählt worden.

Meine verehrten Ratskolleginnen und -kollegen,

dass Politik aber auch von Emotionen lebt – und das ist auch gut so – konnten wir im Zusammenhang mit der Diskussion zur Sanierung der Toilettenanlage in der Hainwaldschule eindrucksvoll erleben.

Dass Politik aber auch in einer solch schwierigen Gemengelage Kompromisse findet und die Fähigkeit, persönliche Fehler einzugestehen, hervorbringen kann, stimmt mich zumindest vorsichtig optimistisch.

Inhaltlich, meine Damen und Herren, hatte ich nach den Fachausschussberatungen den Eindruck, dass der vorgelegte Entwurf der Verwaltung wenig Ansatzpunkte für einen Dissens lieferte.

Bei meiner Vorstellung des Haushalts gegenüber der Öffentlichkeit ist für jedermann deutlich geworden, dass auch das zweite von mir verantwortete Zahlenwerk im Ergebnis wiederum einen nicht ausgeglichen Haushalt hervorbringt. Das ist alles andere als befriedigend; sollte aber die im laufenden Jahr zweifelsohne erzielten Erfolge nicht gänzlich in den Schatten stellen.

Denn: Verstecken müssen wir uns trotz einiger Probleme sicherlich nicht.

Dass Peine gerade als logistikaffiner Standort mittlerweile bundesweit und auch darüber hinaus einen „guten Ruf“ genießt, beweist uns die Ansiedlung der Fa. Action im Industriegebiet Peine-Ost eindrucksvoll.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass neben den für Investoren insgesamt guten räumlichen Rahmenbedingungen von diesen wiederholt insbesondere die städtische Wirtschaftsförderung sowie die unkomplizierte Kommunikation mit den bei mir im Haus einzubindenden Stellen gelobt wurde. Mein Dank gilt daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses, insbesondere den beiden Dezernenten Friedhelm Seffer und Hans-Jürgen Tarrey.

Auch wenn in der Öffentlichkeit manchmal versucht wird, ein verzerrtes und anderes Bild zu zeichnen, Peine kann sich glücklich schätzen, zwei engagierte leitende Mitarbeiter wie die beiden zu haben. Und das bitte, sollten sich alle immer wieder ins Gedächtnis rufen.

Es geht nicht darum, einen politischen Einheitsbrei zu kochen und jedwede Kritik an der Verwaltung zu unterlassen; vielmehr sollten wir uns unseren jeweiligen Rollen bewusst sein und diese mit fairen Mitteln ausfüllen. Wenn Kritik notwendig und auch berechtigt ist, ist sie auch angezeigt – aber bitte fair dabei bleiben!

Diese Kompetenz, meine Damen und Herren, ist ein Pfund, mit dem Peine auch in Zukunft wuchern kann und auch wird. Die Entscheidung, vor vielen Jahren gezielt Flächen „im großen Stil“ zur Ausweisung von Gewerbestandorten anzukaufen, versetzt die Stadt jetzt in eine Situation, auch finanziell weiterhin handlungsfähig zu sein.

Gerade bei der Vermarktung von Gewerbeflächen muss „man auch mal warten können“ und den Wunsch nach „schnellen Erfolgen“ hinten anstellen. Ich weiß, dass Politik sich damit manchmal etwas schwer tut; die Erfolge der Stadt sollten aber auch die letzten Skeptiker vom richtigen Weg überzeugt haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf die Schlussfolgerungen des Bundes der Steuerzahler vom 13. Dezember eingehen.

Bei der Vorstellung des Haushalts hatte ich zwar ausgeführt, dass: „das Defizit bedauerlich und nicht das ist, was wir hätten präsentieren wollen“. Die vom Bund der Steuerzahler gestreuten Zusammenhänge zwischen Fehlbetrag und Schuldenaufbau sind aber schlichtweg falsch.

Nicht nur, dass veraltete Zahlen verwendet und damit handwerkliche Fehler begangen wurden, so hat das aus meiner Sicht zweifelhaftes Vorgehen des Bundes der Steuerzahler schon auch einen faden Beigeschmack.

Insbesondere die Vorschläge zur Finanzierung von Investitionen durch Etatumschichtungen und Einsparungen verkennen die jeweilige Situation vor Ort gänzlich.

Alle genannten Städte „über einen Kamm zu scheren“, ist für mich nicht seriös.

Für Peine kann ich mit Fug und Recht behaupten: Prestigeprojekte gab es, gibt es und wird es auch mit mir weiterhin nicht geben. Und: Notwendige Investitionen müssen angegangen werden, wenn die Situation es erfordert. Verschiebungen sind im Einzelfall geringfügig möglich und auch vertretbar, verlagern die Ausgaben aber nur in spätere Jahre und belasten damit die künftigen Generationen zusätzlich. Ich frage Sie deshalb:

Wo liegt in der Wirkung damit ein Unterschied zu einer Kreditaufnahme für zweifelsfrei notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur?

Sollen nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler notwendige Investitionen in Grundschule etc. nicht durchgeführt werden?

Insofern mag diese Art der Berichterstattung zwar öffentlichkeitswirksam sein, ändert aber nichts am falschen Inhalt. Details dazu konnten Sie am 15.12. in der PAZ lesen.

Auch die neuerliche Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler, die meiner Meinung nach eher einer Rechtfertigung ähnelt, ändert daran nichts.

Zurück zum Haushalt:

Die Gründe für die finanzielle Schieflage sind dabei – wie in den vergangenen Jahren auch bereits ausführlich beschrieben – sehr vielschichtig. Auch wenn ich damit den Nerv der Opposition treffe, bleibe ich dabei: Peine hat weiterhin im Wesentlichen ein Einnahmeproblem.

Die überaus negativen Vergleichswerte zur Steuereinnahmekraft (rd. -26% gegenüber anderen Vergleichskommunen) und hohen Defizite im Bereich der „frühkindlichen Bildung“ aufgrund fehlender Gegenfinanzierung – über 11 Mio. € im Jahr – prägen diese Entwicklung und belasten unseren Haushalt enorm.

Bei einem solchen Defizit ist es Aufgabe der Verwaltung, der Politik entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Es ist unsere Pflicht zu liefern. Deshalb musste die Verwaltung dem Rat auch einen Vorschlag zur Reduzierung des Defizits im Bereich der „frühkindlichen Bildung“ vorlegen.

Und ich sage auch ganz deutlich: Die neue Landesregierung ist jetzt gefordert, die Kommunen bei der Bewältigung dieser



finanziellen Lasten unter die Arme zu greifen und nicht im Regen stehen zu lassen.

Und die Informationen, die uns heute kurz vor drei vom Niedersächsischen Städtetage überlassen wurden, lassen nichts Gutes erwarten:

Das Land beabsichtigt, die Beitragsfreiheit bereits zum 1.3.2018 gesetzlich umzusetzen. (beabsichtigte Einführung zum 01.08.2018) Gegen eine zügige Umsetzung an sich habe ich grundsätzlich nichts.

Aber: Das Land hat den kommunalen Spitzenverbänden heute auch die übrigen vom Land angedachten Rahmenbedingungen skizziert:

1. Erstattung der Einnahmeausfälle der Kommunen durch Pauschalen pro Kind
2. Für einen Betreuungsumfang von 4 bis 7 Stunden sollen 126 € gewährt werden; für eine Betreuung über 7 Stunden 167 €.

Allein die Pauschalen für das derzeit bereits beitragsfreie dritte Kindergartenjahr im Wesentlichen auf die ersten beiden Jahre zu

übertragen oder wie vorgeschlagen nur geringfügig anzuheben, hilft den Kommunen nicht weiter.

Im Gegenteil: Für Peine würde eine vollständige Beitragsfreiheit für die Kita-Jahre 1 bis 3 unter Berücksichtigung der zurzeit gewährten Pauschalen respektive der vom Land angedachten Vorschläge zu weiteren Defiziten führen und den Haushalt zusätzlich belasten.

Die „Große Koalition“ in Hannover muss den viel zitierten und angekündigten Hilfen für die Kommunen endlich auch Taten folgen lassen – aber nicht wie vorgeschlagen. Konkret: Das Land muss sich bewegen. Entweder durch Erstattung auf der Basis der gesamten Betriebskosten oder durch deutliche Anhebung der Pauschalen für alle drei Jahre. Nur so kann den Kommunen im Rahmen der ihnen verfassungsrechtlich gewährten Selbstverwaltungsgarantie der finanzielle Spielraum gegeben werden, den sie für ein attraktives und funktionierendes Gemeinwesen benötigen.

Und um mit Missverständnissen auch gleich aufzuräumen: Auch ich bin für eine finanzielle Entlastung der Sorgeberechtigten. Frühkindliche Bildung sollte in unserem Land nichts kosten.

Nur: Die Umsetzung der Entlastung der Eltern auf Kosten der Kommunen ist nicht hinzunehmen. Und weiter: Die Ausgaben im Segment der „frühkindlichen Bildung“ steigen jährlich an. Das

Land muss dabei die Kommunen zwingend unterstützen. Eine jährliche Anpassung der Pauschalen ist damit aus meiner Sicht unumgänglich.

Ganz deutlich: Die künftige finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt wird durch die Klärung dieser Frage und der zu schaffenden Rahmenbedingungen ganz wesentlich beeinflusst.

Herr Plett, als Beigeordneter des Rates und gleichzeitig Landtagsabgeordneter unserer Stadt spreche ich Sie direkt an: Setzen Sie sich für einen fairen Ausgleich für die Kommunen ein, gerade auch vor dem Hintergrund der uns heute überlassenen Informationen. Unsere Unterstützung ist Ihnen gewiss.

Stichwort Kreisumlage: Bei der Beschlussfassung zum Haushalt 2017 hatte ich bereits auf die erhebliche Belastung durch die Kreisumlage verwiesen.

Diese Feststellung hat auch für den Haushalt 2018 seine Berechtigung. Wer die Zahlen miteinander vergleicht, wird schnell zum Ergebnis kommen und zwar mehr denn je.

Mittlerweile wird mehr als jeder 3. Euro, den die Stadt einnimmt, über die Kreisumlage an den Landkreis Peine abgeführt.

Gut 32 Mio. € bei rd. 90 Mio. € Einzahlungen insgesamt sprechen eine deutliche Sprache.

Aus diesem Grund haben alle Bürgermeister im Landkreis Peine den Landrat aufgefordert, dem Kreistag eine deutliche Senkung des Kreisumlagehebesatzes vorzuschlagen.

Angemessen und auch möglich wären aus meiner Sicht rd. 4%, was für die Stadt im Moment rd. 2,2 Mio. € weniger Kreisumlage pro Jahr bedeuten würde. Eine Entlastung, die die finanzielle Situation der Stadt nachhaltig verbessern würde.

Zum Bedauern aller Bürgermeister ist der Landrat dieser Aufforderung nicht gefolgt. Dass Handlungsbedarf besteht, scheint aber auch im Kreishaus unstrittig zu sein:

Mit einem Nachtragshaushaltsplan hat der Kreistag den Weg freigebracht, die kreisangehörigen Kommunen einschließlich Stadt am Überschuss des Landkreises 2017 zu beteiligen.

Der Stadt fließen rd. 2 Mio. € zu. Ziel von Stadt und Kommunen muss jetzt sein, diesen einmaligen finanziellen Ausgleich durch eine Grundsatzentscheidung dauerhaft zu verstetigen. Über welche Instrumentarien sollte dem Verhandlungsweg vorbehalten bleiben.

Wichtig ist, dass der Landkreis der Stadt und den Gemeinden stärker als bisher für die auf Gemeindeebene wahrgenommenen Aufgaben – z. B. in der Kinderbetreuung – einen finanziellen Ausgleich dauerhaft gewährt.

Und dabei, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, kann es der Stadt letztlich egal sein, welchen Weg die Entlastung in den städtischen Haushalt findet.

Feststeht: Ändern sich nicht kurzfristig die Rahmenbedingungen in den Finanzbeziehungen zwischen Landkreis und Stadt nachhaltig zugunsten der Stadt, wird aus meiner Sicht die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt in Frage gestellt. Ich erneuere daher meinen Appell: Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Kreistag.

Es kann auch nicht die Absicht des Landkreises Peine sein, die Stadt als Kreisstadt und Mittelpunkt im Landkreis Peine so zu schwächen, dass die auf alle kreisangehörigen Kommunen ausstrahlenden positiven Akzente der Stadt auf der Strecke bleiben. Ebenen Sie daher den Weg für einen politischen Kompromiss.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

der Ihnen vorgelegte Haushalt 2018 ist trotz des Defizits ein äußerst solider. Er berücksichtigt mit viel Weitsicht notwendige Investitionen in unterschiedlichen Bereichen und legt damit ein tragfähiges Fundament für eine positive Zukunftsentwicklung unserer Stadt. Lassen Sie mich dies an nachfolgenden Beispielen deutlich machen:

#### 1. Investitionen in die Bildung:

Die städtische Schullandschaft erfährt mit der Fertigstellung der Schulen in Stederdorf und Vöhrum gerade eine weitere Profilierung. Neben diesen Großprojekten haben Investitionen in bestehende Standorte ebenfalls Priorität, um die Voraussetzungen für einen qualitativen Ganztagsbetrieb zu schaffen. Nennen darf ich die Erweiterung des Lehrerzimmers in der Grundschule Rosenthal / Schwicheldt und verschiedene größere Sanierungsmaßnahmen an der Eichendorffschule und der Burgschule.

Sie, der Souverän unserer Stadt, werden sich u. a. im kommenden Jahr mit der Schulentwicklung im südöstlichen Bereich des Stadtgebietes beschäftigen. Zur Vorbereitung der politischen Beratungen wird sich ein Arbeitskreis – bestehend aus Vertretern aller Fraktionen und Einzelkandidaten – den Fragestellungen widmen.

Die Verwaltung hat mit dem vorgelegten Entwurf die finanziellen Rahmenbedingungen für eine Planung auf der Grundlage der politischen Meinungsbildung geschaffen. In künftigen Haushaltsjahren werden die Baukosten zur Umsetzung der politischen Beschlusslage abgebildet.

Mir ist bewusst, dass eine Diskussion über Schulstandorte neben sachlichen auch eine Vielzahl von emotionalen Aspekten beinhalten wird. Im Vordergrund einer Entscheidung müssen aber immer die Kinder stehen; Kirchturmdenken ist hier fehl am Platz.

## 2. Kindertagesstätten:

Der Rat hat heute mit der Entscheidung zur Erweiterung der Kindertagesstätte „Schatzkiste“ sehr viel Weitsicht gezeigt und der anhaltenden Nachfrage Rechnung getragen. Die Verwaltung wird Ihnen im kommenden Jahr weitere Vorschläge zur Erweiterung des Angebots vorlegen.

Darauf aufbauend werden dann weitere sicherlich nicht unwesentliche Summen einzusetzen sein, um die Stadt auch im frühkindlichen Bereich weiterhin zukunftsfähig aufstellen zu können.

### 3. Barrierefreiheit:

Die Teilhabe mobilitätseingeschränkter Mitglieder unserer Gesellschaft am gesellschaftlichen Leben sehe ich als wichtigen Baustein eines funktionierenden Zusammenlebens in unserer Stadt an. Ich möchte Peine in diesem Segment deutlich breiter und zukunftsfähiger aufstellen.

Mir ist bewusst, dass eine flächendeckende Umsetzung eines langen Atmens bedarf und nicht in einem Schritt vollzogen werden kann. Peine auch für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger attraktiver zu gestalten, ist aber ein erstrebenswertes Ziel, welches auch die Aufmerksamkeit der öffentlichen Hand verdient.

Ich schlage dem Rat mit diesem Haushaltsplan erstmalig Maßnahmen vor, die diesem Anspruch gerecht werden und kündige bereits heute an, dem Rat auch in den kommenden Jahren weitere Vorschläge zur Verbesserung der Situation vorzulegen.

### 4. Stadtentwicklung:



Die sehr weitsichtigen Entscheidungen von Rat und Verwaltung in der Vergangenheit ermöglichen es der Stadt, ihr Profil als zukunftsfähiges und attraktives Mittelzentrum für Familien und Unternehmen weiter zu schärfen. Dennoch: Wir dürfen uns auf unseren Lorbeeren nicht ausruhen und müssen uns stetig den Ansprüchen unserer Bürgerinnen und Bürger und am Standort Peine interessierten Unternehmen stellen.

Selbstverständlich mit Augenmaß.

Der Haushaltsplan 2018 sieht wiederum Haushaltsmittel für den Grunderwerb für die gewerbliche und private Wohnbebauung und Erschließungen von Baugebieten vor. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen schaffen, Peine auch für die Zukunft aufzustellen.

Dass jedoch auch Peine nicht auf einer Insel der Glückseligen lebt, haben wir in der letzten Woche sehr schmerzhaft erfahren müssen. Die Firma OFB hat erklärt, das Lindenquartier nicht weiter entwickeln zu wollen. Für Peine und die Anstrengungen der letzten Jahren – zugegebenermaßen – ein herber Rückschlag.

Bei meiner Haushaltsrede hier im Rat im März des Jahres hatte ich vorsichtig optimistisch die Hoffnung geäußert, die Verhandlungen bald abschließen und dem Rat einen guten

Vorschlag präsentieren zu können. Wie sich im Laufe des Jahres jedoch herausstellte, waren einige Hürden nicht zu überwinden und haben zu dem Ergebnis geführt, welches wir seit gut zwei Wochen kennen.

Aber: Den Kopf in den Sand zu stecken oder durch Schuldzuweisungen in der Öffentlichkeit einen Verantwortlichen zu suchen und an den Pranger zu stellen, kostet nicht nur viel Zeit, sondern auch unnötige Energie, die wir jetzt benötigen, um gemeinsam diese nicht einfache Situation zu meistern.

Die Verwaltung hat bereits mit dem zunächst unterlegenen Bewerber, der Fa. THI aus Hannover, Kontakt aufgenommen und will ausloten, ob auf dieser Basis die Entwicklung des Lindenquartiers möglich sein kann. Weitere Gedanken hatte ich bereits in der letzten Woche kommuniziert.

Der Verwaltungsausschuss wird sich Anfang des Jahres mit den nächsten Schritten intensiv beschäftigen und das weitere Vorgehen abstimmen.

Meine verehrten Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bei allem Sparwillen oder Spardiktat: Wichtig ist mir, dass die Stadt Peine keine infrastrukturellen Defizite hat, die die Stadt in ihrer Entwicklung wesentlich hemmen oder einschränken würden. Deshalb noch einmal: Die Aufnahme von Krediten muss wohl überlegt sein.

Dass dabei aktuelle Entwicklungen berücksichtigt und Einwirkungen auf die Stadt nicht ausgeblendet werden dürfen, ist für mich als verantwortungsbewusster Bürgermeister ohnehin selbstverständlich.

Und wenn für die Errichtung und Pflege städtischen Infrastrukturvermögens Kreditaufnahmen erforderlich werden, sollte man sich zwar nicht per se ohne weitere Anstrengungen dieser Situation ergeben, aber auch über den Tellerrand schauen und den Folgen einer „alternativlosen Kreditvermeidung“ ins Auge blicken.

Die sogenannte „schwarze 0“ mag sicherlich ein erstrebenswertes Ziel sein, ist nach meinem Verständnis aber nicht immer die beste Lösung.

Verantwortungsbewusste Finanzentscheidungen sind weit mehr als einfaches „Schwarz-Weiß-Denken“; sondern äußerst facettenreich in ihren Ausprägungen und Auswirkungen.

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist den finanziellen Möglichkeiten angepasst; er ist vor allem ehrlich, da er die notwendigen Investitionen berücksichtigt und nicht vernachlässigt. Inwieweit es dann zu einer weiteren Inanspruchnahme von Drittmitteln tatsächlich kommen muss, ist aber völlig offen.

Die Verwaltung empfiehlt Ihnen daher Zustimmung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!